



# **Respekt und** **Zusammenhalt**

**Beschlüsse des Landesparteitages  
der SPD Thüringen**

Bad Blankenburg, 26. September 2020

# Antragsübersicht

## Leitantrag

Respekt und Zusammenhalt (A1) 3

## Demokratie

Rassismus in Thüringen und den (Sicherheits)behörden aufarbeiten und bekämpfen! (D1) 9

Frühwarnsystem vor Immobilienerwerb von Rechtsextremen installieren (D2) 12

Demokratiebildungstag 17. Juni (D4) 12

Ein Zeichen für Vielfalt setzen (D5) 13

## Initiativanträge

Solidarität mit den Beschäftigten der Automobilindustrie – Initiative zur Gründung einer Transformationsagentur (I1) 14

Moria – wir müssen anpacken! (I2) 15

Schutz für Prostituierte (I3) 16

Für eine verlässliche Förderung des sozialen Wohnungsbaus:  
Das Wohnbauvermögen des Landes mit Landesmitteln stärken (I4) 16

Leitantrag

## **Respekt und Zusammenhalt (A1)**

### **Die SPD macht unser Land sicherer, gerechter und lebenswerter**

Unser Land hat politisch aufgewühlte Monate hinter sich. Nach einem schwierigen Wahlergebnis, mit einer herben Niederlage für uns und ohne politische Mehrheit für Rot-Rot-Grün, begingen die selbsternannten bürgerlichen Parteien einen beispiellosen Tabubruch: Der Vorsitzende einer 5%-Partei ließ sich mit den Stimmen der Höcke-AfD zum Ministerpräsidenten wählen. Damit verließen CDU und FDP den Konsens der demokratischen Parteien, nie wieder Faschist\*innen in politisches Handeln einzubinden. Wir haben uns gemeinsam mit vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen widersetzt und durch unseren Druck einen schnellen Rücktritt, eine Vereinbarung zu einer zeitweisen Zusammenarbeit mit der CDU und einen Termin für schnelle Neuwahlen erreicht. Damit sichern wir zum einen die Regierungsfähigkeit unseres Landes und ermöglichen mit Neuwahl zum Anderen den Thüringer\*innen ihre Wahlentscheidung mit dem Wissen um diese Ereignisse zu treffen.

Danach mussten wir gemeinsam wirken, um die Folgen des Corona-Virus so gering wie möglich zu halten und mit bisher beispiellosen Maßnahmen die Gesundheit der Thüringer\*innen zu schützen und die negativen Folgen für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben so klein wie möglich zu halten. Beide Aufgaben stellen sich weiter.

Dabei können sich die Bürger\*innen immer auf die Werte, die Tatkraft und die Solidarität der Thüringer SPD verlassen. Wir sind der Stabilitätsanker dieses Freistaats – in Zeiten, in denen manche Sicherheit wegzuspülen droht. Wir sind die Partei für die Menschen, die jeden Tag füreinander da sind. Thüringen ist unser zu Hause. Weil wir unser Land lieben, wollen wir es besser machen. Thüringen braucht eine starke SPD.

Bei uns treffen sich die unterschiedlichsten Menschen, Meinungen und sozialen Hintergründe, geeint vom Ziel, Ungerechtigkeit zu bekämpfen und eine tiefgehende Demokratisierung der Gesellschaft durchzusetzen. Dieses politische Ziel ist auch heute der Antrieb unseres Handelns. Wir haben uns in den 30 Jahren des modernen Thüringens nie vor schwierigen Aufgaben gedrückt. Wir haben als Opposition kritisiert, übernehmen als Regierungspartei Verantwortung, sind seit Jahrzehnten eine bestimmende Kraft in den Kommunen und stärken die Zivilgesellschaft auf allen Ebenen. Wir streiten hart in der Sache, aber verbindlich im Ton und stehen Seite an Seite gegen unsere politischen Gegner\*innen.

Für die Demokratie eintreten, heißt auch sie stetig weiterzuentwickeln, auf den technischen und gesellschaftlichen Fortschritt zu reagieren und gemeinsam darauf zu achten, dass niemand auf der Strecke bleibt. Wir tun das vor dem Hintergrund der Digitalisierung aller Lebensbereiche, der Individualisierung der Gesellschaft, des demographischen Wandels und der fortschreitenden Ausbeutung und Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Wir haben überzeugende Antworten auf die sich ständig verändernden Rahmenbedingungen und Herausforderungen unserer Gesellschaft. Die SPD will die gesellschaftliche Meinungsführerschaft und die politische Mehrheitsfähigkeit wiedergewinnen. Das hat sie mit ihrem Regierungsteam, der Landtagsfraktion und ihrer starken kommunalen Basis bewiesen.

Das Jahr 2020 hat gezeigt, dass neue Formen der Zusammenarbeit, der Kooperation und Meinungsfindung nötig sind. Wir sind dafür bereit und kämpfen dabei für unsere Ideen, um Thüringen sicherer, gerechter und lebenswerter zu machen.

Unsere Schwerpunkte sind weiterhin Arbeit, Bildung, Lebendige Demokratie und Innere Sicherheit sowie gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Die Basis für alle politischen Vorhaben ist ein handlungsfähiger, zutrauender und solidarischer Staat.

Wir übernehmen Verantwortung gegenüber den Menschen in Thüringen. Wir stehen für Zusammenhalt und Sicherheit. Als ausgleichende und vermittelnde Kraft, als Hüterin der Demokratie, macht die SPD Thüringen sicherer, gerechter und lebenswerter.

## **Gute Arbeit ermöglichen, neue Chancen schaffen**

Die SPD Thüringen ist die Partei der Arbeit. Sie kämpft für diejenigen, die täglich zur Arbeit gehen und so unser gutes Leben ermöglichen. Sie brauchen unabhängig von Alter und Arbeitsort Sicherheit im Wandel, gerade mit Blick auf die Transformationserfahrungen, die die Menschen im Osten während und nach der Wende gemacht haben.

Gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne, eine gelebte Sozialpartnerschaft und demokratische Teilhabe für alle Arbeitnehmer\*innen sind zentrale Ziele sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik. Um das zu erreichen und um die anstehenden Transformationsprozesse zu gestalten, stärken wir die Mitbestimmung im Arbeitsleben. Modelle zur Reduzierung der Arbeitszeiten werden von uns unterstützt.

Nur mit einer guten Arbeitsmarktpolitik können wir Thüringen als starken Wirtschaftsstandort weiterentwickeln. Dafür brauchen wir gute Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne. Sie sind die Voraussetzung für die Sicherung des Fachkräftebedarfs in den kommenden Jahren.

Wir setzen uns für eine Neuausrichtung des Landesarbeitsmarktprogrammes ein. Menschen, die aufgrund der Pandemie ihren Job verlieren, müssen wir damit Angebote für Beratung und Qualifizierung bieten.

Die Veränderungen in der Arbeitswelt werden wir aktiv begleiten. Immer schnellere Veränderungen der Unternehmensstrukturen, zusätzliche Aufgaben und die Digitalisierung dürfen nicht zu einer Überforderung der Beschäftigten führen. Der gesetzliche Mindestlohn muss auf 12 Euro steigen.

Den Strukturwandel in der Automobilbranche werden wir gemeinsam mit den Gewerkschaften gestalten. Wir wollen Möglichkeiten schaffen, um Beschäftigte in vom Strukturwandel gefährdeten Unternehmen weiter zu qualifizieren oder zeitnah in neue Branchen zu bringen. Durch eine gezielte Vernetzung der Automobilindustrie und Akteuren im Bereich der Mobilitätsforschung wollen wir Innovationen ermöglichen, die zu neuen, zukunftsfesten Arbeitsplätzen führen. Wir setzen uns auf Landes- und Bundesebene für die Bereitstellung von Sonderhilfen zur Begleitung des Transformationsprozesses in den Regionen ein, die in besonderer Weise vom Strukturwandel in der Automobil- und Zulieferindustrie betroffen sind. Mit den Sonderhilfen soll die Ansiedlung neuer Industriezweige unterstützt werden.

Im Bereich der Sozial- und Gesundheitsberufe braucht es dringend mehr Fachkräfte. Um die Arbeitsbedingungen attraktiv zu gestalten und die Versorgung von Patient\*innen sicherzustellen, werden wir ein Bündnis für gute Pflege in Thüringen auf den Weg bringen. Wir setzen uns weiterhin für einen Branchentarifvertrag in der Pflege ein. Die SPD wird dafür sorgen, dass es anständige Löhne für jene gibt, die unser Land jeden Tag am Laufen halten und die für andere einstehen. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass die Eigenanteile für die Pflegebedürftigen bezahlbar bleiben.

Den öffentlichen Dienst wollen wir als Vorbildbranche und attraktiven Arbeitgeber in einer modernen Arbeitswelt weiterentwickeln. Er soll zum Vorreiter einer modernen, an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Arbeitswelt werden. Dazu werden wir für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgen und ein professionelles Gesundheitsmanagement etablieren. Das bedeutet auch, für ausreichend Personal zu sorgen. Von der Polizei übers Jugendamt bis zur Schule und den Öffentlichen Gesundheitsdienst werden wir uns für eine ausreichende Personalausstattung einsetzen. Dafür ist eine Abkehr vom Stellenabbau Pfad in der Landesverwaltung notwendig.

## **Für Familien und junge und alte Menschen**

Die Pandemie hat in den vergangenen Monaten wie ein Brennglas gewirkt. Im Ergebnis bestätigt es für uns als Sozialdemokratie, was wir in den letzten Jahren angeschoben haben: wir brauchen einen starken Sozialstaat, der insbesondere die unterstützt, die unsere Hilfe besonders benötigen.

Das gilt insbesondere für die Unterstützung von Familien und die Schaffung von Bildungsmöglichkeiten. Die SPD Thüringen kämpft für diejenigen, die beste Startbedingungen und beste Möglichkeiten für ihre persönliche Entfaltung wollen. Die SPD Thüringen will für mehr Menschen das Aufstiegsversprechen einlösen und für Chancengerechtigkeit sorgen. Wir stehen dafür, dass die erreichten Standards der

Kinder- und Jugendförderung sowie der Familienförderung auch in Zeiten knapper werdender Kassen erhalten werden.

Wir werden außerdem die Möglichkeiten zur Familienerholung weiter ausbauen. Thüringer Familien sollen etwas haben, was in diesem Jahr oft zu kurz kam: Zeit miteinander. Wir werden eine Familienkarte einführen, die Familien die Möglichkeit gibt Freizeitangebote in Thüringen kostenfrei zu nutzen.

Jedes Kind soll schwimmen können. Dazu werden wir ein Förderprogramm für öffentliche Schwimmbäder schaffen und die Ausbildung von Rettungsschwimmer\*innen stärken.

Kommunen wissen am besten, welche Strukturen und Angebote von Familien, Jugendliche und Senior\*innen brauchen. Deshalb haben wir mit der Familienförderung auch die kommunale Sozialplanung auf den Weg gebracht. Diese Instrumente werden wir weiter ausbauen, damit Familien optimale Unterstützungs- und Beratungsangebote bekommen und das Quartier, der Stadtteil oder das Dorf als Ort des sozialen Austausches und der gesellschaftlichen Teilhabe gestärkt werden.

Die Interessen von zu Pflegenden sind im Kampf gegen die Pandemie ebenso empfindlich getroffen worden. Das Leben in Gemeinschaft, soziale Kontakte und Beziehungen, die ihnen am Lebensende das Gefühl von Geborgenheit vermitteln, müssen ebenso gewährleistet sein, wie der Schutz vor einer Infektion. Deshalb werden wir die Interessenvertretung von Menschen mit Pflegebedarf und ihrer Angehörigen stärken. Wir werden den sozialpolitischen Fokus auf ein „Altern in Würde ermöglichen“ richten. Für uns bedeutet das, einen vielfältigen Blick für Familie und Familienfreundlichkeit einzunehmen: Pflege gehört genauso zur Familie wie die Erziehung und die Freizeitgestaltung.

Geflüchtete Familien brauchen besonderen Schutz. Mit dem Thüringer Landesaufnahmeprogramm wollen wir einen Beitrag zur Unterstützung leisten. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen mehr geflüchteten Familien von den griechischen Inseln in Thüringen eine Heimat zu geben. Hierfür schaffen wir die notwendigen Voraussetzungen.

## **Gute Bildung**

Bildung ist die Antwort auf die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Sie schafft die Voraussetzung dafür, dass sich jeder durch eigene Anstrengung oder verlässliche Unterstützung ein selbstbestimmtes Leben erarbeiten kann. Dafür braucht es ein offenes und gerechtes Bildungssystem und Investitionen in Bildung.

Die Perspektive von Kindern kam im Krisenmanagement oft zu kurz. Gerade bei der Kinderbetreuung sind zum Teil massive Unterschiede deutlich geworden. Das zeigt uns auch, dass wir in die Qualität unserer Krippen, Kindergärten und der Kindertagespflege weiter investieren müssen, z.B. durch die Ausweitung der Praxisintegrierten Ausbildung, den Ausbau der Fachberatung und die bessere Entlohnung von Erzieher\*innen und die schrittweise Anhebung des Beschäftigungsumfangs der Hortner\*innen auf 100 Prozent.

Für uns ist klar: Jede\*r Lehrer\*in, die in den kommenden Jahren altersbedingt aus dem Thüringer Schuldienst ausscheidet, wird 1:1 ersetzt. Der Schlüssel hierzu liegt im Übergang zu einer schulstufenbezogenen Lehrer\*innenausbildung und einer verlässlichen Personalplanung. Auf dieser Grundlage werden wir das Studienplatzangebot in den Lehramtsstudiengängen bedarfsgerecht ausbauen.

Unser Ziel ist es, nach den Verbesserungen in den Regelschulen auch die Eingangsbesoldung der Grundschullehrer\*innen auf A 13 anzuheben. Unerlässlich ist es außerdem, das Einstellungsverfahren für Nachwuchslehrer\*innen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Daher setzen wir auf ein onlinebasiertes Bewerbungsverfahren und darauf, dass die Schulleitungen selbst künftig die Bewerber\*innenauswahl vornehmen können.

Wir wollen die baulichen Bedingungen an öffentlichen Schulen verbessern und werden eine zusätzliche Investitionsoffensive für Schulbau- und Schulsanierungsmaßnahmen auflegen, um insbesondere finanzschwache Kommunen zu unterstützen. Dies schließt Investitionen in Schulsportstätten ausdrücklich mit ein.

Wir machen die Schulen fit für die Herausforderungen der Digitalisierung. Schulschließungen und Beschulung zu Hause haben während der Coronakrise deutlich gemacht, dass Thüringen bei der Digitalisierung des Schulwesens und der schulischen Bildung erst am Anfang steht.

Wir wollen, dass digitales Lehren und Lernen seinen Niederschlag in allen Phasen der Lehrer\*innenbildung, in den Lehrplänen und im Schulbuchkatalog findet. Es braucht eine Befähigung zur digitalen Mündigkeit. Wir werden die Schulen zudem in allen Fragen der Digitalisierung besser unterstützen, dies gilt insbesondere bei der Wahrung des Datenschutzes. Ebenso wichtig ist uns, dass alle Lehrer\*innen sowie Schüler\*innen die digitalen Endgeräte zur Verfügung haben, die sie benötigen.

Ein zentrales Moment sozialdemokratischer Bildungspolitik ist es, dass alle Kinder von Anfang an eine hohe Bildungsqualität angeboten bekommen, die nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Deshalb setzen wir auf eine Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsqualität in Kindergärten und Horten.

Thüringen hat sich auf den Weg gemacht, schrittweise ein inklusives Schulsystem zu realisieren. Es soll das gemeinsame Leben und Lernen von Menschen mit und ohne Behinderungen bei bestmöglicher individueller Förderung ermöglichen. Eine notwendige Bedingung hierfür ist, dass den Schulen die personellen und materiellen Mittel für eine gelingende Inklusion zur Verfügung gestellt werden.

Die duale Ausbildung ist das Fundament der beruflichen Bildung. Dazu braucht es ein verlässliches dezentrales Netz an Berufsschulen. Wir bekennen uns daher zum Erhalt des gegenwärtigen Berufsschulnetzes. Wir werden zudem die Meister-Qualifizierung stärken und junge Menschen bei der Übernahme in Betrieben unterstützen.

Wir werden den Wissenschaftsstandort Thüringen weiter stärken. Dazu gehören für uns eine verlässliche Finanzausstattung, die Schärfung der wissenschaftlichen Profile der Hochschulen und gute Studienbedingungen. Wir fördern das Zusammenwirken von Wissenschaft und regionaler Wirtschaft und stärken damit lokale Wertschöpfungsketten und Innovationen.

Um die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum zu sichern, werden wir Ausbildungskapazitäten der FSU Jena für das Fach Medizin erhöhen und eine Haus- und Facharztquote für von Unterversorgung bedrohte Gebiete auf den Weg bringen. Wir streben außerdem eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für Pharmazie an.

## **Zusammenhalt stärken – für die Regionen**

Die SPD Thüringen ist die Partei der Städte und des ländlichen Raums. Sie kämpft für diejenigen, die gleichwertige Lebensverhältnisse in Bezug auf die öffentliche Daseinsvorsorge erwarten. Dazu werden wir durch eine grundlegende Reform des Kommunalen Finanzausgleichs die Kommunen finanziell stärken, sodass diese in der Lage sind kommunale Selbstverwaltung mit Leben zu füllen. Dazu gehört, dass in allen Kommunen – unabhängig vom Steueraufkommen - auch für freiwillige Leistungen noch Geld da ist. Durch freiwillige Leistungen können die Kommunen die Lebensqualität steigern und das Ehrenamt stärken.

Steigende Mieten in den Städten, weniger Ärzte auf dem Land und schlechte Erreichbarkeit der Gemeinde: So unterschiedlich die Probleme von Region zu Region sind, so dringend notwendig sind die Antworten darauf. Wir wollen diese Antworten geben. Wir wollen, dass das Leben in der Stadt und auf dem Land gleich lebenswert ist.

Unsere Antwort ist die Entwicklung und Garantie von Standards für Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge. Jede Person soll den gleichen Grundstandard zu Verfügung haben, egal in welcher Region man lebt.

Das Ungleichgewicht zwischen zu teuren Stadtmieten und leerstehenden Immobilien in der Fläche muss beseitigt werden. Für den Kernbereich Wohnen bedeutet das, Spekulationen von Bauland zu stoppen. Gleichzeitig soll sozialer und kommunaler Wohnungsbau und der Erwerb von Wohneigentum gefördert werden: Das Mietkaufmodell soll in Thüringen Eigentum für alle ermöglichen. Wir setzen uns auf Bundes- und Landesebene dafür ein, die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau und den Städtebau deutlich aufzustocken.

Unterschiede zwischen Stadt und Land machen sich vor allem im Kernbereich Verkehr bemerkbar. Unser Ziel ist eine enge Taktung des ÖPNV zwischen den Thüringer Städten und eine enge Anbindung des ländlichen Raums. Hierzu brauchen wir einen flächendeckenden Thüringer Nahverkehrsverbund mit leistungsfähigen öffentlichen Verkehrsunternehmen in der Fläche, der kostengünstigen Nahverkehr mit einheitlichen Tarifen bietet. Mittelfristig soll die ÖPNV-Kostenfreiheit für Kinder und Jugendliche umgesetzt werden. Für den Radverkehr, der fester Bestandteil moderner Mobilität ist, sollen innerörtliche Fahrradspuren, sichere Abstellmöglichkeiten und Fahrradschnellwege gefördert werden.

Wir werden dafür sorgen, dass Stadt und Land gleichermaßen von der Digitalisierung profitieren. Unser Ziel ist der flächendeckende Aufbau einer Glasfaserinfrastruktur, die in der Lage ist, die Anforderungen an die Datennetze der Zukunft zu erfüllen. Wir wollen eng verzahnt mit den Kommunen beim Auf- und Ausbau des E-Government vorankommen. Sämtliche Verwaltungsdienstleistungen sollen online angeboten werden können.

Wir unterstützen die Weiterentwicklung von Museen, Bibliotheken und andere kulturelle Einrichtungen zu Zentren des gesellschaftlichen Lebens im ländlichen Raum mit einem Förderprogramm „Dritte Orte“. Diese Orte genießen Priorität bei der Breitbandanbindung und der Ausstattung mit WLAN-Hotspots.

Für den Erhalt von wohnortnahen Angeboten müssen Förderprogramme, wie beispielsweise der Krankenhausstrukturfonds, sinnvoll eingesetzt werden. Ergänzend wollen wir leistungsstarke lokale Versorgungs- und Gesundheitszentren etablieren.

## **Mehr Demokratie – mehr Offenheit – mehr Sicherheit**

Die SPD Thüringen kämpft diejenigen, die Innere Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit als Grundlage des Zusammenlebens erwarten. Wir stehen für die Stärkung und Verteidigung der Demokratie und die Förderung der Menschen, die sich zumeist ehrenamtlich für unser Gemeinwesen einsetzen und die Demokratie gegen ihre Feinde verteidigen.

Sicherheit ist ein sensibles Thema. Die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen, ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Die Stärke des Rechts gegenüber dem Recht des Stärkeren zu verteidigen, ist dabei die Leitlinie der SPD Thüringen.

Zur dauerhaften Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ist eine weitere, deutliche Stärkung der Polizei unabdingbar. Hierzu stoppen wir den Stellenabbau und erhöhen die Anwärter\*innenzahlen deutlich. Jede freiwerdende Stelle wird nachbesetzt. Die Ausbildungsbedingungen werden wir stetig verbessern.

In politisch aufgeheizten Zeiten muss die Polizei in Zusammenarbeit mit Justiz und Verfassungsschutz Garant des Rechtsstaats sein. Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass politische Straftaten konsequent unterbunden oder geahndet werden. Der Verfassungsschutz soll dafür als wichtiger Dienstleister der wehrhaften Demokratie personell, materiell und technisch gestärkt werden, um insbesondere den Kampf gegen Rechtsextremismus zu intensivieren. Dabei müssen rechtsextremistisch und rassistisch motivierte Handlungen und Straftaten auch als solche erkannt und geahndet werden. Dafür wollen wir Schulungsangebote für die Polizei und die Justiz zur Verfügung stellen.

Ebenso brauchen wir für einen funktionierenden Rechtsschutz starke und gut ausgestattete Gerichte in allen Gerichtsbarkeiten.

Wir werden das Ehrenamt als Staatsziel in Verfassung verankern. Engagement in Vereinen, Initiativen und Jugendorganisationen werden wir stärken. Wer unsere Bevölkerung in seiner Freizeit schützt, soll beste Bedingungen dafür vorfinden. Wir werden die Ausbildung und Ausrüstung unserer Feuerwehren und Rettungskräfte verbessern und deren Jugendarbeit fördern.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen zukünftig noch besser politische Prozesse gestalten und an den Entscheidungsfindungen partizipieren können. Dazu werden wir das aktive Wahlalter auch für Landtagswahlen auf 16 Jahre senken. Wir stärken die politische Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich und werden dazu die EJBW zu einem Zentrum für Demokratiebildung weiterentwickeln und das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit fortführen.

In unserem Gemeinwesen haben Rassismus und Diskriminierung keinen Platz. Um allen Menschen unserer Gesellschaft ein sicheres und würdiges Leben zu ermöglichen, bekämpfen wir Diskriminierungen jeder Art.

Die SPD Thüringen begreift Zuwanderung einerseits als Chance, dem demografischen Wandel zu begegnen, steht andererseits aber auch für klare Regeln und einen funktionierenden Rechtsstaat. Wir erwarten von Zuwanderern die Bereitschaft zur Integration. Wir bieten dafür Offenheit, Hilfe und Solidarität. Das Recht auf Asyl ist nicht infrage zu stellen.

## **Für das Klima und unsere Umwelt**

Klimaschutz ist eine Generationenaufgabe. Klimaschutz ist eine Frage des Überlebens der Menschheit. Wir tragen nicht nur Verantwortung für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Wir kämpfen für die Bekämpfung des Klimawandels und die Einhaltung der Klimaziele von Paris.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass Klimaschutz nicht zur neuen sozialen Frage erwächst. Die Kosten des ökologischen Wandels müssen sozial gerecht verteilt werden, es darf keine neuen Ungerechtigkeiten geben.

Die Energiewende in Thüringen treiben wir voran: Wir werden den Ausbau der Ökostromproduktion zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern fördern, ein Landesprogramm zur Unterstützung energetischer Sanierungsmaßnahmen an Häusern und Wohnungen umsetzen und Landesliegenschaften energetisch sanieren. Ziel ist die Deckung des Thüringer Energiebedarfs mit einem Mix aus 100 % erneuerbaren Energien bis spätestens 2040.

Den Wald in Thüringen werden wir schützen. Wir sorgen dafür, dass Wälder erhalten bleiben und wieder wachsen können. Dazu werden wir die Landesforstanstalt ertüchtigen, Kommunen mit Waldbesitz unterstützen und Präventionsmaßnahmen gegen Schädlingsbefall und Waldbrände stärken.

Wir wollen eine zukunftsfähige Landwirtschaft in Thüringen. Das heißt für uns ressourcenschonende Landbewirtschaftung und artgerechte Tierhaltung, aber auch kostendeckende Preise und gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne für die Beschäftigten.

Wir fördern Innovationen in den Bereichen Recycling und Klimaschutz. Darüber hinaus investieren wir gezielt in die Kreislaufwirtschaft und fördern Digitalisierungstrends.

Ein wichtiges Ziel bleibt für uns die Reduzierung der Salzbelastung der Werra.

Wir unterstützen den Kommunen bei der Schaffung klimafreundlicher Bedingungen vor Ort.



Demokratie

## **Rassismus in Thüringen und den (Sicherheits)behörden aufarbeiten und bekämpfen! (D1)**

Die SPD Thüringen will individuellen, institutionalisierten und strukturellen Rassismus in Thüringen und den (Sicherheits)behörden aufarbeiten und bekämpfen.

### **Sozialdemokratie ist antirassistisch und antifaschistisch**

Zweifelsohne können wir feststellen, dass die Bundesrepublik ein Rassismusproblem hat. Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) beispielsweise sieht Handlungsbedarf. Auch der jüngst vorgelegte Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) über Deutschland mahnt uns deutlich, entschiedener gegen Rassismus und Rechtsextremismus vorgehen zu müssen. Der Thüringen-Monitor zeigt ebenfalls seit Jahren einen hohen Anteil an Menschen in unserer Gesellschaft, die rassistische und antisemitische Aussagen unterstützen und ein entsprechendes Weltbild haben. Im Vergleich zu den Vorjahren erleben wir auch einen Anstieg von Zustimmungen zu antisemitischen Aussagen. Während im Thüringen-Monitor 2018 bereits 9 Prozent der Befragten einer antisemitischen Aussage zugestimmt hatten, sind es im Thüringen-Monitor 2019 sogar 16 Prozent. In den letzten 5 Jahren ist dies der Höchstwert. Auf dem Höchststand befinden sich auch die Zustimmungswerte zur Überlegenheit der Deutschen (34% und damit mehr als ein Drittel der Befragten) und zur Verharmlosung des Nationalsozialismus (26% und damit mehr als ein Viertel der Befragten).

Solche hohen Zahlen machen deutlich, dass jeder Lebensbereich von uns beleuchtet werden sollte. In diesem Antrag wollen wir uns staatlichen Behörden und Institutionen widmen. Wir begrüßen die aufgrund des Mordes von George Floyd ausgelöste Debatte um den Rassismus in Sicherheitsbehörden. Wir wissen aber auch, dass es notwendig ist, die Situation der Behörden allgemein zu analysieren. Dort, wo Staatsgewalt ausgeübt wird, darf es keinen Rassismus und keinen Antisemitismus geben. Wir als Sozialdemokratie sind das Bollwerk gegen Rechts. Wir kämpfen stets für eine gerechte Welt, frei von Diskriminierung und Ausgrenzung.

Wir sind davon überzeugt, dass eine Aufnahme der Antifaschismusklausel in die Thüringer Landesverfassung, wie von den regierenden Landtagsfraktionen vorgeschlagen, ein Weg ist, um ein wichtiges Signal zu setzen. Damit es jedoch nicht als guter Vorsatz verhallt, wollen wir dieses Staatsziel auch mit Maßnahmen untermauern.

### **Solidarität mit den Opfern!**

Wir solidarisieren uns mit den Opfern der rassistischen Überfälle in Erfurt. Es darf nicht passieren, dass Opfer als Täter\*innen behandelt werden, medial als solche inszeniert werden und derartige, die Grundfesten unserer Demokratie verletzende Überfälle nicht zeitnah und vollständig aufgeklärt werden.

Ebenso solidarisieren wir uns mit den Opfern des Anschlages auf der Ballstädter Kirmes von Neonazis aus dem „Gelben Haus“. Damit solche Fehler wie im Prozess um das Gelbe Haus in Ballstädt verhindert werden können, muss auch dieser Fall restlos aufgearbeitet und die Justiz dafür gestärkt werden.

Nicht zuletzt sprechen wir Opfern, Angehörigen und Hinterbliebenen von rassistischen Angriffen unsere vollste Solidarität aus. Viel zu lange wurde die Tragweite des Thüringer Rassismusproblems nicht gesehen oder aktiv übersehen und zahlreiche rassistisch motivierte Straftaten nicht als solche anerkannt. Opfer und Angehörige wurden im Zuge der Ermittlungen zu Unrecht kriminalisiert und fortwährend diskriminiert, Schutzbedürftige zu Täter\*innen erklärt. Auch unsere Partei und von ihr geführte Organe haben hier immer wieder Fehler begangen. Das tut uns sehr leid. Wir wollen uns dessen annehmen und stetig an uns arbeiten, um hier zukünftig wirklich mit allen Menschen gerecht und gleichberechtigt umzugehen.

## **Betroffene stärken**

Um Betroffene stärken zu können, wollen wir auch Opferberatungsstellen fördern. Gleichzeitig wollen wir mit selbstverwalteten migrantischen Gruppen kooperieren, um ganz konkret deren Wünsche und Bedürfnisse in unserer Politik zu verarbeiten und damit nicht als überwiegend weiße Partei vorzuschreiben, in welcher Weise Betroffenen geholfen werden soll.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) hat sich laut §1 zum Ziel gemacht, "Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen." Daneben, dass der Begriff "Rasse" unbedingt aus dem Gesetz zu streichen und zu ersetzen ist, soll die Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes die bestehenden Schutzlücken im AGG schließen. So müssen Diskriminierungsdimensionen angepasst und erweitert werden. Bei der Neudefinition des "Merkmalkatalogs" sind die im Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz definierten Kriterien, z.B. Diskriminierung aufgrund rassistischer Zuschreibungen (statt "Rasse") oder aufgrund des sozialen Status, unbedingt in die Novellierung mit einzubeziehen. Da sich das AGG vor allem auf das Zivilrecht beschränkt, kann durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz auch der Schutz vor Diskriminierung durch staatliche Akteur\*innen im Freistaat geboten werden.

Wir wollen Intersektionalität bei unserer politischen Arbeit immer betrachten, das bedeutet, die miteinander verknüpften Diskriminierungsformen zu erkennen und mehrfach von Diskriminierung Betroffene besonders zu stärken. Dabei wollen wir insbesondere auf die Situation von Schwarzen Frauen und Women of Colour aufmerksam machen und ihnen als Partnerin zur Seite stehen.

Dass unsere Partei so weiß ist, muss einen Grund haben. Wir müssen uns vor Augen halten, warum eine Mitgliedschaft und Mitarbeit in der SPD für migrantische Menschen nicht attraktiv ist und wie wir das ändern können. Wir wollen auch für migrantische Menschen und BIPoC (Black, Indigenous & People of Colour) eine echte Repräsentantin werden.

## **Statistiken überarbeiten und dabei mit gutem Beispiel vorangehen**

Die bisherige Erfassung von rassistischen Taten erfolgt in dem bundeseinheitlichen System der politisch motivierten Kriminalität (PMK) zumeist unter der Kategorie Fremdenfeindlichkeit. Dabei wird aber die Sichtweise der Täter\*innen übernommen, wenn bspw. Angriffe auf Personen mit Migrationshintergrund als fremdenfeindlich eingeordnet werden.

Hier bedarf es einer Überarbeitung, die eine Einordnung als rassistische Tat ermöglicht. Für diese Erweiterung soll sich Thüringen in der Innenministerkonferenz einsetzen. Weiterhin kann der Freistaat mit gutem Beispiel vorangehen, indem er eine Kategorie zu rassistisch motivierten Straf- und Gewalttaten mit Unterstützung von Betroffenen und ggf. auch Einbezug wissenschaftlicher Expert\*innen erarbeitet und zunächst zusätzlich in das PMK-System aufnimmt. So kann die Erfassung erprobt und evaluiert werden.

Weiterhin bedarf es einer besseren Verknüpfung der Statistik zur politisch motivierten Kriminalität mit der Verurteilungsstatistik, um politische Motivationen von Aufnahme bis Verurteilung einer Straftat deutlich zu machen. Auch eine Verlaufsstatistik, wie von der Enquete-Kommission vorgeschlagen, ist hilfreich, um den Umgang mit Rassismus in der Justiz nachvollziehbar zu gestalten.

## **Antirassismus in Verwaltungen**

Wir sind uns sicher, dass die Erkennung von rassistischem oder antisemitischem Verhalten auch entsprechende Strukturen in den Verwaltungen braucht. Deswegen fordern wir, dass die finalen Schritte zur Schaffung einer zentralen und unabhängigen Antidiskriminierungsstelle des Landes zügig eingeleitet werden.

Wir sehen in anonymen Bewerbungsverfahren in allen Behörden des Landes und den Kommunen eine Chance, dass der öffentliche Dienst diverser wird. Wir sind davon überzeugt, dass der Öffentliche Dienst seiner Vorbildwirkung gerecht werden muss. Außerdem wollen wir Anti-Rassismusbeauftragte neben

den Gleichstellungsbeauftragten verpflichtend eingesetzt werden. Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir weitere Maßnahmen diskutieren.

Darüber hinaus muss die Anzahl der gebührenfrei angebotenen Bildungsveranstaltungen zu Antidiskriminierung und Rassismus für alle Beschäftigten in Kommunen und der Landesverwaltung erheblich erhöht werden. Schulungen zu Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus sollen auch für die Beschäftigten der Frauen\*häuser zur Verfügung stehen, um hier langfristig die Mitarbeitenden zu sensibilisieren und zu schulen.

## **Koloniales Erbe aufarbeiten**

Wir unterstützen die Initiativen, die sich für die Aufarbeitung des kolonialen Erbes in Thüringen stark machen. Deshalb fordern wir eine Historische Kommission zum kolonialen Erbe in Thüringen. Die Kommission soll Vorschläge ausarbeiten, wie und mit welchen Mitteln koloniale Strukturen nachhaltig beseitigt und aufgearbeitet werden können.

Darüber hinaus unterstützen wir regionale Bestrebungen, das koloniale Erbe von Kommunen aufzuarbeiten und kritisch zu hinterfragen. Hierzu zählen u.a. die Initiativen, Straßennamen, Feste und Plätze umzubenennen, dekoloniale Stadtrundgänge und die Auseinandersetzung mit kolonialem Erbe im Kontext von administrativen Strukturen.

Ein weiteres Ziel muss es sein, den Themenkomplex Kolonialismus und seine heutigen globalen und gesellschaftlichen Auswirkungen fest im Lehrplan zu verankern, sodass jede Schülerin und jeder Schüler in diesem Bereich nachhaltig geschult werde. Um diese Forderung zu manifestieren, muss dieses Thema nicht nur in Schulen, sondern auch fortlaufend in Berufsschulen, Universitäten und weiterführenden Bildungseinrichtungen gelehrt werden. Außerschulische Lernangebote werden in diesem Zusammenhang außerordentlich empfohlen, um koloniale Strukturen damals und heute zu verbildlichen und die enorme Relevanz in unserem alltäglichen Leben zu verdeutlichen. Für allgemeine gesellschaftliche Sensibilität im Thema Kolonialismus und Postkolonialismus ist es schon lange an der Zeit.

## **Wir brauchen eine Studie über Rassismus in der Polizei**

Wir begrüßen ausdrücklich den Einsatz des SPD-Innenministers Georg Maier für eine bundesweite Studie zur Erforschung von Rassismus in der Polizei. Die Absage einer solchen Studie durch den Bundesinnenminister ist nicht zu akzeptieren. Es ist daher ein gutes Signal, dass Thüringen notfalls eine solche Studie auch allein, innerhalb der Thüringer Polizei, durchführen wird. Bei der Erarbeitung und Auswertung der Studie ist es wichtig, verschiedene Akteur\*innengruppen einzubeziehen und damit sowohl Betroffene als auch Polizist\*innen an der Gestaltung der Studie mitwirken zu lassen.

## **Polizeibeamt\*innen unterstützen: Aus- und Fortbildung verbessern**

Angesichts der umfassenden Aufgaben und der Verantwortung von Polizist\*innen sollen die Ausbildungsinhalte insbesondere hinsichtlich antirassistischer Ermittlungs- und Aufklärungsverfahren vertieft und als obligatorischer Bestandteil in das Curriculum aufgenommen werden. Hier gibt es bereits gute Entwicklungen, diese sollen ausgebaut werden. Da die Ausbildungsdauer im mittleren Polizeivollzugsdienst aktuell bereits unter dem Durchschnitt der Ausbildungszeit anderer Bundesländer liegt, sehen wir keinen Grund, der gegen eine Umsetzung spricht. Weiterhin schließen wir uns der Forderung der Enquete-Kommission Rassismus an, „das Aus- und Fortbildungsprogramm der Thüringer Polizei hinsichtlich rassismus- und diskriminierungssensibler Inhalte durch eine unabhängige Studie zu evaluieren“, um die Erweiterung des Curriculums um diese Inhalte bestmöglich zu gewährleisten.

Da Aus- und Fortbildungsinhalte kontinuierlich entwickelt und angepasst werden, fordern wir, in diesen Prozess auch externe Personen und Verbände einzubeziehen, die die Perspektive von Betroffenen vertreten.

## **Polizeistrukturen weiterentwickeln**

Es ist wichtig, dass es auch innerhalb der polizeilichen Strukturen möglich ist, über Fehler im Einsatz und Unsicherheiten im Vorgehen zu sprechen. Supervision und Beratungsangebote ermöglichen es, Vorgehensweisen zu reflektieren und innerhalb der Dienstgruppe zu verbessern. Wir fordern, den Thüringer Polizeidienststellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die Selbstreflexion und Selbstkritik in einem geschützten Raum ermöglichen und damit eine positive Fehlerkultur unterstützen.

## **(Weiter-)Lernen – für die persönliche Entwicklung und die berufliche Qualifikation**

Artikel 3 des Grundgesetzes besagt: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Folglich muss auch jedem Menschen ein diskriminierungsfreier Zugang zum Recht gewährt werden. Für einen sensiblen und bedarfsgerechten Umgang des entsprechenden Fachpersonals der Justiz mit von Rassismus und Diskriminierung betroffenen Personen sind daher fundierte Grundlagen zu rassistischen und diskriminierenden Sachverhalten und Tatmotiven unerlässlich. Wir schließen uns deshalb der Empfehlung der Enquete-Kommission an, dass das für Justiz zuständige Ministerium das Fortbildungsprogramm für Richter\*innen und Staatsanwält\*innen hinsichtlich des Umgangs mit rassistisch motivierten Straftaten weiter ausbaut. Neben dem bereits bestehenden Fortbildungsangebot des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, sollen auch die Fortbildungsmodule, die aus dem Modellprojekt „Rassismus und Menschenrechte - Stärkung der Strafjustiz“ des Bundesministeriums der Justiz und des Deutschen Instituts für Menschenrechte in das Weiterbildungsprogramm aufgenommen werden. Für eine umfassende Sensibilisierung für Diskriminierungssachverhalte und Rassismus, sollten entsprechende Fortbildungsmodule auch für andere Gerichtsbarkeiten entwickelt werden.

---

## **Frühwarnsystem vor Immobilienerwerb von Rechtsextremen installieren (D2)**

Die SPD Thüringen wird aufgefordert, die Installation eines Frühwarnsystems, das Kommunen vor dem Kauf von Immobilien durch als rechtsextrem eingestufte Personen oder Personengruppen auf ihrem Gemeindegebiet informiert und warnt, voranzutreiben.

---

## **Demokratiebildungstag 17. Juni (D4)**

Die SPD Thüringen setzt sich dafür ein, einen landesweiten Demokratiebildungstag einzuführen. Dieser soll am 17. Juni eines jeden Jahres bzw. am nächsten darauffolgenden Werktag stattfinden.

Der Demokratiebildungstag soll dazu genutzt werden Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Projekten, innerhalb und außerhalb der Schule, gesellschaftspolitische Verantwortung beizubringen und demokratische Prinzipien zu vermitteln.

Ziel ist es, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren dazu beizutragen, dass sich Kinder und Jugendliche ihrer Einbindung in die soziale und natürliche Umwelt bewusst werden und erkennen, dass sie nur durch eine nachhaltige Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft, die sie selbst mitgestalten, in sozialer Gerechtigkeit und in Frieden leben können.

Ein zentraler Partner muss dabei Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) sein. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, sie zu einem Zentrum für Demokratiebildung auszubauen.

Der 17. Juni als Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechtsstaates ist bewusst gewählt, um das Gedenken an den Aufstand des 17. Juni 1953 aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig steht der 17. Juni in der Tradition von demokratischen und progressiven Bewegungen der gesamtdeutschen Historie, eignet sich also besonders für einen Tag, der Demokratische Prinzipien besonders fördert.

## **Ein Zeichen für Vielfalt setzen (D5)**

Die SPD Thüringen und die SPD-Landtagsfraktion setzen sich dafür ein, die Beflaggungsordnung zu erweitern. Diese soll dahingehend ergänzt werden, dass die Beflaggung mit der Regenbogenfahne vor öffentlichen Gebäuden auch den 17. Mai eines jeden Jahres einschließt. Den Kommunen wird es damit ermöglicht, den internationalen Tag gegen Homophobie zu würdigen und sich gegen jegliche sexuelle Diskriminierung im Rahmen des Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (IDAHOBIT) zu positionieren.

Die SPD Thüringen steht für eine offene und tolerante Gesellschaft ohne Ausgrenzung ein und setzt mit diesem Vorhaben ein solidarisches Zeichen für die queere Gemeinschaft.

Initiativantrag

## **Solidarität mit den Beschäftigten der Automobilindustrie – Initiative zur Gründung einer Transformationsagentur (I1)**

Die SPD Thüringen erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten von NORMA Germany in Gerbershausen, JD Norman nahe Eisenach, Eaton in Nordhausen, Continental/Vitesco in Mühlhausen und des Erfurt Druckhauses der FUNKE Mediengruppe. Besonders die Automobil- und Automobilzuliefererindustrie in Thüringen mit rund 70.000 Beschäftigten gehört zu den bedeutendsten Industriebranchen des Landes und muss es auch bleiben. Wir wehren uns daher entschieden gegen den industriellen Kahlschlag in Nord- und Westthüringen.

Die Transformation hin zu Digitalisierung und Elektromobilität stellt die Zuliefererbranchen in Thüringen vor große Herausforderungen. Während der Wandel in der Industrie von einigen Betrieben mit innovativen Ideen begleitet wird, nutzen andere Unternehmen die derzeitige (Pandemie-)Situation aus, um Personalabbau und die Schließung von Werken voran zu treiben. Als verlängerte Werkbänke sind besonders Betriebe in den neuen Bundesländern betroffen. Hier haben die Konzerne die Verantwortung die Wertschöpfung weiterzuführen, da viel Steuergeld für die Betriebe ausgegeben wurde. Anders verhält es sich bei den vielen mittelständischen, inhabergeführten Unternehmen. Die als Zulieferer durch den Preiskampf bzw. die Vorgaben der Automobilkonzerne und die ökonomische Abhängigkeit von den OEM betroffenen Unternehmen, mangelt es an finanziellen Spielräumen den Transformationsprozess selbst stemmen bzw. bewältigen zu können. Personelle Ressourcen, die sich mit Produktdiversifizierung bezüglich veränderter Marktbedingungen auseinandersetzen, fehlen meist.

Deshalb setzen wir uns in einem ersten konkreten Schritt für die Gründung einer am Wirtschaftsministerium angesiedelten Transformationsagentur ein, die beratend und unterstützend für Unternehmen, Betriebsräte, Kommunen und Gewerkschaften im Transformationsprozess ansprechbar ist. Die Aufgabe einer solchen Transferstelle ist es u.a., einen praxisnahen Transfer von Wissen und Best-Practice-Beispielen bei der notwendigen Umstellung von Verbrennungsmotoren auf alternative Antriebsarten herzustellen.

Unternehmen und Betriebsrät:innen müssen sich an die Transferstelle wenden können, um beispielsweise zu erfahren, wie und welche Fördermittel bereit stehen, welche Unterstützungsangebote bei Fragen der Weiterqualifizierung von Beschäftigten vorhanden sind und wie diese ganz konkret genutzt werden können.

Eine Transfergesellschaft bietet transparent und übersichtlich passgenaue Qualifizierungs-, Beratungs-, Information- und Vernetzungsangebote insbesondere für mittelständische Unternehmen aus der Automobilindustrie.

Die Gründung einer Transformationsstelle muss zügig erfolgen. Die Folgen der Corona-Pandemie verursacht wirtschaftliche Schäden und setzt Unternehmen und Belegschaften unter massiven Handlungsdruck. Darüber hinaus muss der Dialog zwischen Politik, Gewerkschaften, Unternehmen und Betriebsrät:innen intensiviert werden. Wir wollen eine beschäftigungsorientierte und bürgernahe Industriepolitik für Thüringen, die soziale und ökologische Nachhaltigkeit miteinander verzahnt. Es gilt, die bestehenden industriellen Kerne in Thüringen zu erhalten, Investitionen in neue Geschäftsfelder zu finanzieren und die Beschäftigten in dem Prozess mitzunehmen. Darin besteht die Chance, Thüringen als Modellregion für „nachhaltige Mobilität“ zu etablieren und Arbeitsplätze in der Automobilindustrie langfristig zu sichern.

Zuletzt machen wir noch einmal deutlich, dass wir geschlossen an der Seite der Kolleg:innen stehen und nehmen die Unternehmen in die Pflicht alles Erdenkliche für den Erhalt ihrer Standorte und die Arbeitsplätze zu tun. Wir kämpfen um den Erhalt aller Arbeitsplätze und zur Zeit ganz besonders bei NORMA Germany, Eaton, Continental/Vitesco und des Erfurter Druckhauses!

Initiativantrag

## **Moria – wir müssen anpacken! (I2)**

Der SPD-Landesverband Thüringen stellt sich hinter die Resolution der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF).

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) begrüßt die Aufnahme von 1550 Menschen aus dem Lager Moria/Griechenland in Deutschland als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Dieser Schritt konnte nur durch die klare Haltung der SPD-Führung und SPD-Bundestagsfraktion gelingen. Der Koalitionspartner CDU/CSU erwies sich erneut als träge bis unwillig und konnte nur mit viel Kraft zu nötigen Schritten gedrängt werden.

Als Frauen in der SPD fordern wir weitere Schritte.

Hierbei unterstützen wir ausdrücklich die Vorschläge von Gesine Schwan, Vorsitzende der Grundwertekommission der SPD, Kommunen in den Mittelpunkt einer Lösungsstrategie zu rücken.

Zu allererst soll Deutschland sofort die Hälfte aller Geflüchteten, vorrangig besonders schutzbedürftige Gruppen wie Kinder, Kranke und Frauen aus Moria aufnehmen. Gleichzeitig müssen die europäischen Nachbarn dringlich eingeladen werden, Unterkünfte für die Verbleibenden zu schaffen.

Das Angebot vieler europäischer Städte und Gemeinden, Geflüchtete aufzunehmen, muss endlich durch die entsprechenden Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten zugelassen und unterstützt werden. Sie müssen mit den aufnahmebereiten Städten und Gemeinden zur konkreten Durchführung konstruktiv zusammenarbeiten.

Somit könnte ein deutscher Alleingang zugunsten einer europäischen Politik überwunden werden. Schutz und Hilfe kann gegenwärtig nur auf freiwilliger Basis gelingen. Finanzielle Anreize müssen dazu dienen, den Kreis der Freiwilligen zu erweitern.

Gleichzeitig setzen wir uns für eine weiterreichende europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik mit einer fairen Verteilung der Lasten ein. Die EU muss deshalb sofort einen „Europäischen Fonds für Integration und kommunale Entwicklung“ auf den Weg bringen. Aus diesem Fonds können die Integrationskosten der Gemeinden für Geflüchtete als gesamteuropäische Aufgabe finanziert werden. Ziel muss es sein, dass die aufnehmenden Gemeinden zusätzlich zu den Integrationskosten in derselben Höhe eine Finanzierung für ihre eigene Entwicklung erhalten.

Doch damit ist es nicht getan: Griechenland benötigt Unterstützung, um ein geordnetes Asylverfahren zu etablieren. Das gescheiterte Dublin-System muss zunächst durch einen freiwilligen Verbund aufnahmebereiter Länder, schließlich aber durch die gesamte EU überwunden werden. Der echte Wille, dauerhaft Fluchtursachen zu bekämpfen, muss sich auch in einer nachhaltigen Klimapolitik, der Nichtverbreitung von Waffen, fairen „terms of trade“ und einer Entwicklungshilfe zeigen, die direkt bei den Menschen ankommt.

Nur ein Bündel an Maßnahmen kann unsere humanitäre Antwort auf die Katastrophe von Moria und anderen Flüchtlingslagern in Europa sein.

Initiativantrag

## **Schutz für Prostituierte (I3)**

Die SPD Thüringen setzt sich dafür ein, dass Anmeldung und gesundheitliche Beratung für Prostituierte nach dem Prostituiertenschutzgesetz in Thüringen gebührenfrei sind.

Initiativantrag

## **Für eine verlässliche Förderung des sozialen Wohnungsbaus: Das Wohnbauvermögen des Landes mit Landesmitteln stärken (I4)**

Wohnen und vor allem bezahlbares Wohnen war und ist ein Grundanliegen sozialdemokratischer Politik. Dabei spielt die Wohnungsbauförderung eine zentrale Rolle. Wesentliches Instrument der Wohnungsbauförderung ist in Thüringen das Wohnungsbauvermögen.

Seit der Anpassung der Förderrichtlinien vor einigen Jahren werden die entsprechenden Förderprogramme für soziale Wohnraumförderung durch die Wohnungswirtschaft stark nachgefragt. Neu ist, dass neben Krediten auch direkte Zuschüsse gewährt werden. Dies spiegelt sich auch in der Anzahl der Vorhaben wider, die aus der Wohnungswirtschaft zur Förderung vorgeschlagen und eingereicht werden. Allein aus Erfurt und Jena, also den Städten mit vom Land anerkannten angespannten Wohnungsmärkten, liegen aktuell Anmeldungen und Anträge für Wohnbauvorhaben von über 100 Mio. € beim Thüringer Landesverwaltungsamt vor.

Wir fordern daher, das Wohnungsbauvermögen des Landes finanziell durch jährliche, maßgebliche Zuführungen aus dem Landeshaushalt zu stärken. Die jährlichen Zuführungen sollen mindestens dem Volumen der im Vorjahr ausgereichten, direkten Zuschüssen entsprechen.

Die Wohnungsbauunternehmen brauchen Verlässlichkeit und – angesichts der zeitlichen Abläufe bei Planung und Bau von Wohnungen – auf Jahre im Voraus vorhersehbare Rahmenbedingungen. Es wäre politisch kontraproduktiv und ein fatales Signal, wenn wir jetzt, wo die Landesrichtlinien endlich so nachgefragt werden, wie wir es politisch für notwendig und richtig halten, nicht genügend Finanzmittel bereitstellen und Projekte des sozialen Wohnungsbaus und damit das Schaffen von belegungsgebundenen, bezahlbarem Wohnraum verschoben werden muss oder – noch schlimmer – nicht realisiert werden kann.